

## **Grundsatzprogramm der Volkspartei zur Internationalen Zusammenarbeit**

Friedenssicherung, Armutsbekämpfung und Umweltschutz als Teil einer umfassenden Außenpolitik

Ausreichende Ernährung und Gesundheit sind für uns Selbstverständlichkeiten. Doch weltweit leiden fast eine Milliarde Menschen, davon 300 Millionen Kinder, unter Hunger und Unterernährung. Das Fortschreiten des Klimawandels führt in vielen Regionen der Welt zu immer knapperen Ressourcen wie Wasser oder Energie sowie zu massiven Landverlusten. Konflikte, Kriege und Migration hunderter Millionen Menschen könnten die Folgen sein. Entwicklung, Umwelt, Friede und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden. Die Volkspartei bekennt sich zur Entwicklungszusammenarbeit als gesamtstaatliche Aufgabe und wichtiges Handlungsfeld der Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Stabilitätspolitik Österreichs und Europas in einer globalisierten Welt.

Wir wollen weltweit die Freiheit fördern, die es Menschen ermöglicht, ihren selbstgewählten Entwicklungspfad zu verwirklichen und sie in ihren Anstrengungen unterstützen die Chancen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu nützen. Unsere Ziele sind es, durch den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie die Rahmenbedingungen für die Freiheit des Einzelnen zu schaffen, durch Armutsbekämpfung und Friedenssicherung nachhaltige Verbesserungen schaffen und den Menschen vor Ort durch Bildung und Arbeitsplätze Chancen zu geben.

Wir engagieren uns in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf Basis unseres christlich-humanistischen Menschenbilds und der Achtung der Menschenrechte. Jeder Mensch hat ein unauflösbares Recht auf Leben und Selbstbestimmung und dafür wollen wir weltweit die Voraussetzungen mitgestalten. Wir sehen in der Internationalen Zusammenarbeit<sup>1</sup> nicht nur eine menschlich gebotene Unterstützung für jene, denen wir helfen wollen. Wir betonen auch offen, dass wirksame Internationale Zusammenarbeit als Investition in Freiheit und Sicherheit uns allen hilft, denn wir leben in einer globalisierten Welt. Internationale Zusammenarbeit ist der Schlüssel zu Frieden, global nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz, Stabilität, Prosperität,

---

<sup>1</sup> Entwicklungszusammenarbeit wird immer mehr mit anderen (Politik-)Bereichen verknüpft gesehen, sodass man dazu übergeht, nicht die geographische Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit als entscheidend zu sehen, sondern vielmehr ihr länder- und kulturüberschreitender Charakter. Außerdem wirft der Begriff „Entwicklung“ oftmals eine fragwürdige Hierarchisierung auf. Daher wird in diesem Papier, wo sinnvoll, der Terminus „Internationale Zusammenarbeit“ statt Entwicklungszusammenarbeit verwendet.

geordneter Migration und im Kampf gegen Radikalisierung. Erfolgreiche Internationale Zusammenarbeit hilft vor Ort, stärkt Österreichs Ansehen in der Welt und erweitert unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Handlungsspielräume.

Die Entwicklungspolitik der Volkspartei beruht auf unserem Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft mit ihren Grundwerten der Freiheit, Leistung, Solidarität und Nachhaltigkeit. Die Ökosoziale Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize, um Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mit einer nachhaltigen, klima- und umweltschonenden Entwicklung zu vereinbaren. Wir vertreten die Ökosoziale Marktwirtschaft als wegweisendes Ordnungsmodell nicht nur im Inland und in Europa, sondern auch auf internationaler Ebene. Gerade der Kampf gegen den Klimawandel und seine dramatischen Folgen für Lebensgrundlagen, Armut und Migrationsdruck erfordert eine ökosoziale Ordnungspolitik.

Wir haben in den vergangenen Jahren folgende Anliegen der entwicklungspolitischen Grundsatzposition der ÖVP aus dem Jahr 1997 umgesetzt und damit die prägende Rolle in der österreichischen Entwicklungspolitik eingenommen:<sup>2</sup>

- steuerliche Absetzbarkeit von Spenden
- gezielte Unterstützung und Verbreitung von „Fair Trade“
- Heranführung der österreichischen Wirtschaft an die Entwicklungsländer durch Wirtschaftspartnerschaften
- verbesserte Zusammenarbeit mit der EU, die unter der Teilnahme Österreichs mit über 50% der Gesamtmittel weltweit größter Geber im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist. (z.B. Projektimplementierung durch die Österreichische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit – ADA)
- gesetzliche Verankerung des Kohärenzgebots

Das Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUFÉ) entwickelte die konzeptuelle Basis für die drei inzwischen gesetzlich verankerten Ziele der österreichischen Entwicklungspolitik: Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und Umweltschutz.

Nach knapp zwei Jahrzehnten erfolgreicher Umsetzungsarbeit setzen wir auf Basis weiterentwickelter Grundsätze und Ziele die nächsten Schritte.

---

<sup>2</sup> Vgl. Die Entwicklungspolitische Grundsatzposition der ÖVP, in: Liebmann, Andreas / Amon, Werner (Hgg.): Dimensionen 2000 – Umwelt, Friede und Entwicklung, Wien (1997) Seite 451ff;

## **Grundsätze der Internationalen Zusammenarbeit**

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen folgende Grundsätze:

**Internationale Zusammenarbeit durch Stärkung der Menschenrechte:** Der menschenrechtsbasierte Ansatz ist in der Internationalen Zusammenarbeit unabdingbar, um Entwicklungsprozesse als Erweiterung der Freiheiten aller Menschen zu gestalten. Er geht über die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse hinaus und stellt die Verwirklichung von Menschenrechten ins Zentrum (z.B. das Recht auf Nahrung, Wasser und Bildung). Staatliche und nichtstaatliche Akteure müssen besonders die Menschenrechte von benachteiligten Gruppen, wie Mädchen und Frauen, Menschen mit Behinderungen, indigenen Gruppen und Menschen die aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert werden, stärken und sie befähigen für ihre Rechte eintreten zu können.

**Internationale Zusammenarbeit durch Partnerschaft auf Augenhöhe:** Wir stehen für eine partnerschaftliche Entwicklungspolitik, die beim Kampf gegen Armut und dem Weg zur Entwicklung „Hilfe zur Selbsthilfe“ leistet. Wir lehnen jede Form des Paternalismus ab und setzen auf die Aktivierung von individuellen und sozialen Potenzialen. Deshalb ist uns die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe mit Partner/innen vor Ort ein wichtiges Anliegen. Internationale Zusammenarbeit soll ihre Zielgruppen unabhängig und eigenständig machen und Eigenverantwortung stärken. Glaubwürdige, partnerschaftliche Zusammenarbeit erfordert aber auch globale Vorbildwirkung: Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung, Inklusion, Empowerment, Umweltschutz, Partizipation und Interdisziplinarität auch von Ländern des globalen Nordens gelebt werden.

**Internationale Zusammenarbeit durch Rechtsstaatlichkeit:** Eine stabile und gerechte Rechtsordnung ist die Basis jeder Freiheit. Wir sehen in der Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen und in „Good Governance“ auch einen Schlüssel für erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Rechtsstaatlichkeit schützt den Einzelnen und seine Rechte vor Willkür und Korruption. Ein funktionierender Rechtsstaat ist u.a. Grundlage für verbrieftes Eigentum, das für wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar ist. Unser Engagement bei der Friedenssicherung und in der Vermittlung bei Konflikten schafft vielfach die notwendigen Voraussetzungen für rechtsstaatliche Entwicklung und Demokratie. Im Bereich der

Nachbarschaftspolitik bzw. der EU-Erweiterungen sollen österreichische Behörden aktiv die entsprechenden Verwaltungs- und Justizeinheiten in Entwicklungsländern vor Ort mit Expertise dabei unterstützen, effizienter zu arbeiten und besser international anerkannte Standards zu erfüllen.

**Internationale Zusammenarbeit durch Stärkung der Zivilgesellschaft:** Wir wollen bürger- bzw. zivilgesellschaftliche Potenziale sowohl in Österreich, also auch in unseren Partnerländern stärken. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und gemeinnützige Stiftungen sind für uns mit ihren Werthaltungen und in ihrer Professionalität unverzichtbare Akteure und Partner, genauso aber auch ehrenamtlich engagierte Menschen in diesem Bereich. In den Zielländern von Internationaler Zusammenarbeit und auch in Österreich wollen wir zivilgesellschaftliche Strukturen als Grundlage für Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und Transparenz unterstützen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung benachteiligter Gruppen wie Mädchen und Frauen, Menschen mit Behinderung, religiös verfolgten Minderheiten und indigenen Gruppen. Durch die Teilhabe und das „Empowerment“ der Bevölkerung sollen bestehende Strukturen und politische Prozesse zugunsten der Zivilgesellschaft verändert werden.

**Internationale Zusammenarbeit durch stärkere Einbeziehung der Wirtschaft als Partner:** Verantwortungsvolles Unternehmertum innerhalb ökologisch und sozial verträglicher Rahmenbedingungen leistet durch Innovationen, Investitionen, Know-how Transfer und die Anbindung an Märkte einen langfristigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort. Daher wollen wir die tragende Rolle von verantwortungsvollen privaten Unternehmen als Treiber von Entwicklung stärken. Die Potenziale der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollen verstärkt genutzt werden und durch nachfrageorientierte Instrumente soll der Beitrag der österreichischen Wirtschaft für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung erhöht werden. Die Bewusstseinsbildung in Österreich soll unseren Beitrag für eine nachhaltige Gestaltung der Globalisierung thematisieren und den wechselseitigen Nutzen für uns und unsere Partner aufzeigen. Bisher haben mehr als 400.000 Personen unmittelbar von Wirtschaftspartnerschaften mit österreichischen Unternehmen profitiert. Die österreichischen Vertretungen vor Ort sollen hier noch stärker als Plattform für solche Partnerschaften dienen.

**Internationale Zusammenarbeit durch Kapazitätsentwicklung:**

Ausreichend Kapazitäten sind für eine eigenverantwortliche und partizipative Politik- und Strategieentwicklung unumgänglich. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hier auf der Kapazitätsentwicklung im Bereich Bildung. Wer Menschen Bildung ermöglicht, bietet ihnen Chancen zu Selbstbestimmung und Entwicklung. Wir wollen Bildung als Schlüsselfaktor für individuelle und gesellschaftliche Entwicklung stärken. Der Berufsbildung durch Unternehmen, Berufsschulen und Berufweiterbildungseinrichtungen in den Zielländern kommt entscheidende Bedeutung zu, um Einkommen und Wertschöpfung in der Region zu fördern. Ein Drittel unserer bisherigen Wirtschaftspartnerschaften weist einen Bildungsschwerpunkt auf.

### **Handlungsfelder der Internationalen Zusammenarbeit**

Im Sinne bestmöglicher Wirksamkeit unseres Engagements im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit setzen wir folgende Prioritäten:

**Perspektiven der Finanzierung:** Die Volkspartei bekennt sich zu den internationalen finanziellen Verpflichtungen, wie sie auch im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 – 2018 verankert wurden. Entwicklungszusammenarbeit muss als Gesamtverantwortung der gesamten Bundesregierung verstanden werden. Bei der Verteilung der Mittel ist gemäß internationalen Empfehlungen langfristig darauf zu achten, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit besteht. Wir wollen zudem vermehrt privates Kapital für Zwecke der Internationalen Zusammenarbeit mobilisieren. Das wollen wir einerseits durch mehr Wirtschaftspartnerschaften erreichen, andererseits auch die Potenziale gemeinnütziger Stiftungen – die in anderen Ländern erhebliche Finanzmittel auch für die Internationale Zusammenarbeit bereitstellen – durch entsprechende steuerliche Rahmenbedingungen aktivieren. Langfristig müssen wir Entwicklungsländer insbesondere dabei unterstützen eigene Steuermittel einzunehmen um dieses Geld vor Ort im Interesse der breiten Bevölkerung zu investieren.

**Mehr Bewusstseinsbildung:** Internationale Zusammenarbeit berücksichtigt globale Zusammenhänge und verfolgt langfristige Ziele, die auch angesichts der kurzfristigen Abwendung humanitärer Notsituationen sichtbar sein und entsprechend kommuniziert werden müssen. Investitionen in die Internationale Zusammenarbeit sind daher für uns aus

humanitären Gründen, wie auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse geboten. Wir wollen die Bewusstseinsbildung stärken und beide Motive in der öffentlichen Diskussion betonen. Wer Entwicklung anderer Länder fördert, bekämpft damit Ursachen für unfreiwillige Migration und unterstützt gesellschaftliche Stabilität. Dies gilt auch für den Kampf gegen den Klimawandel und damit verbundene Umweltkatastrophen.

**Migration als Handlungsfeld:** Das Thema „Migration und Entwicklung“ gewinnt in allen internationalen Foren an Bedeutung, wobei das Thema zwei Aspekte vereint: Maßnahmen vor Ort und Maßnahmen, welche bei uns in Österreich gesetzt werden. Im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lebenssituationen in den Ursprungs- und Transitländern. Das Ziel ist, aktiv zu entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, beispielsweise durch die Förderung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, durch den Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen und durch Qualifikationsmaßnahmen, die den Menschen Chancen vor Ort bieten, beizutragen, Migrationsdruck gar nicht erst entstehen lassen sollen.

**Mehr Fair Trade:** Um den Menschen in betroffenen Ländern die Chance zu geben, wirtschaftliche und soziale Eigenverantwortung unter fairen Bedingungen zu übernehmen, soll die erfolgreiche Fair Trade-Strategie weiterentwickelt werden, wobei der öffentlichen Hand im Beschaffungswesen eine Vorreiterrolle zukommt. Dadurch wird gleichzeitig auch gewährleistet werden, dass ökosozial verantwortlich agierende österreichische Unternehmen gezielt gefördert werden.

**Neue Wirtschaftspartnerschaften:** Das wirtschaftliche Engagement von österreichischen Unternehmen in Zielländern der Internationalen Zusammenarbeit soll gezielt gefördert werden. Investitionen, Produkte und Dienstleistungen österreichischer Unternehmen schaffen Nutzen vor Ort und Wertschöpfung im Inland. Ein besonderer Fokus soll dabei auf Projekte von Unternehmen liegen, welche sich im Bereich der ländlichen Entwicklung, Bildung (Grund-, Berufs- und höhere Bildung), Gesundheit, der Energie- und Wasserversorgung und „Green Economy“ engagieren. „Green Economy“ ist hier als eine Wirtschaftsweise zu definieren, die zu Wohlstand für alle im Sinne eines guten Lebens innerhalb der ökologischen Grenzen beiträgt.

**Unterstützung von lokalen klein- und mittelständischen Unternehmen:** Etwa 90 Prozent der Arbeitsplätze in Entwicklungsländern entstehen im Privatsektor. Eine gezielte Förderung von Unternehmungsgründungen vor Ort, etwa durch die aktive Unterstützung von Mikrofinanzierungssystemen, würde nachhaltig die Wohlstandssituation in Entwicklungsländern verbessern.

**Mehr Kohärenz:** Auf Basis des österreichischen EZA-Gesetzes wird die Gesamtstrategie der österreichischen Entwicklungspolitik in Drei-Jahres-Programmen erarbeitet. Sie sollen unter Einbindung aller relevanten Stakeholder der Internationalen Zusammenarbeit in Österreich weiterentwickelt werden. Für eine kontinuierliche, wirksame Internationale Zusammenarbeit soll Österreich weiterhin regionale und thematische Schwerpunkte im Einklang mit den „Sustainable Development Goals“ setzen. Im Sinne der Kohärenz und der Bündelung aller Kräfte sind Maßnahmen zu vermeiden, welche die Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele schwächen oder gar verhindern.

**Besser abgestimmte humanitäre Hilfe:** Die nach Katastrophen akut notwendige humanitäre Hilfe soll österreichweit besser koordiniert und abgestimmt werden, um ihre Wirkung zu erhöhen. Humanitäre Hilfe und Internationale Zusammenarbeit sind bestmöglich aufeinander abzustimmen. Das Präventionsprinzip ist auch hier zu beachten: Wer rechtzeitig in Internationale Zusammenarbeit investiert, stärkt die Resilienz betroffener Länder im Katastrophenfall.

**Stärkere Mitgestaltung in multilateralen Organisationen:** Ein Großteil der österreichischen Mittel für Internationale Zusammenarbeit fließt in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, die von internationalen Organisationen wahrgenommen wird. Österreich soll durch die Förderung personeller Entsendungen in diese Organisationen seine Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie Transparenz und Engagement verbessern. Entscheidende Faktoren sind hier die fachliche Qualität der personellen Vertretung in den Boards, der Ausbau eines Netzwerks von Österreicher/innen in den internationalen Organisationen, die Nutzung der Stimmrechtsgruppen, in denen wir vertreten sind und das Einbringen von Stärken, Know-How und Technologien der österreichischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

**Bessere Nutzung des Potentials von Studierenden:** Studierende aus Entwicklungsländern sollen in und durch Österreich gezielt gefördert werden, um mit ihren hier erworbenen Qualifikationen die Entwicklung in ihrer Heimat unterstützen zu können. Sie sind auch wichtige Kontakt- und Ansprechpersonen für österreichische Unternehmen, die sich in den entsprechenden Zielländern wirtschaftlich engagieren wollen. Notwendig ist daher die Anpassung der rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen und der intensive Dialog mit österreichischen Hochschulen und Bildungseinrichtungen.

**Mehr freiwilliges Engagement durch junge Menschen:** Die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit und zum Spenden ist in Österreich sehr hoch ausgeprägt. Nachdem das Freiwillige Soziale Jahr in Österreich auf eine sichere rechtliche Basis gestellt wurde, sollen auch die Möglichkeiten für junge Menschen verbessert werden, sich in Entwicklungsländern zu engagieren.

Wien, 16. März 2015